

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.01.2026:

TOP 1 Bekantgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Winzer gibt bekannt, dass der Gemeinderat in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung den Vorentwurf eines Nutzungskonzeptes für einige städtische Gebäude beraten hat.

Über eine Grundstücksangelegenheit wurde beraten und Beschluss gefasst.

Außerdem wurden Ehrungen für ehrenamtliche Tätigkeiten beschlossen.

TOP 2 Wirtschaftsplan 2026 für den Eigenbetrieb Wasserversorgung Hornberg: Beschlussfassung

Bürgermeister Winzer verweist auf die Vorlage. Der Vorentwurf des Wirtschaftsplanes 2026 wurde in der öffentlichen Sitzung am 03.12.2025 eingebracht und beraten.

Wichtige Maßnahmen in 2026 sind der Anschluss des Ortsteils Unterreichenbach an die öffentliche Wasserversorgung von Hornberg, die Straßenbaumaßnahme Schondelgrund mit Wasserleitung und Kanal sowie der Einbau von Datenloggern.

Rechnungsamtsleiterin Mayer präsentiert die Zahlen. Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2026 liegt dem Gemeinderat vor.

Der langjährige Verlauf von Wasserbezug, Wasserverkauf und Wasserverlusten wird dargestellt.

Der Schuldenstand und die Schuldenentwicklung werden erläutert.

Es werden keine Fragen gestellt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Wirtschaftsplan der Wasserversorgung Hornberg für das Wirtschaftsjahr 2026 nach dem vorliegenden Entwurf.

TOP 3 Wirtschaftsplan 2026 für den Eigenbetrieb Freibad Hornberg: Beschlussfassung

Bürgermeister Winzer verweist auf die Vorlage. Der Vorentwurf des Wirtschaftsplanes 2026 wurde in der öffentlichen Sitzung am 03.12.2025 eingebracht und beraten. Eine weitere Beratung fand am 07.01.2026 statt.

Rechnungsamtsleiterin Mayer präsentiert die Zahlen. Wichtige Maßnahmen sind das neue Kassensystem sowie die barrierefreie Toilettenanlage.

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2026 liegt dem Gemeinderat vor.

Der Schuldenstand und die weitere Entwicklung des Schuldenstandes werden erläutert.

Es werden keine Fragen gestellt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Freibad Hornberg für das Wirtschaftsjahr 2026 nach dem vorliegenden Entwurf.

TOP 4 Satzungsbeschluss über den Haushaltsplan 2026 einschließlich Stellenplan und mittelfristige Finanzplanung

Bürgermeister Winzer verweist auf die Vorlage. Der Vorentwurf des Haushaltsplanes 2026 wurde in der öffentlichen Sitzung vom 03.12.2025 eingebracht und beraten. In den beiden folgenden öffentlichen Sitzungen wurde der Entwurf fortgeschrieben und weiterberaten.

Bürgermeister Winzer hält seine Haushaltsrede zum Haushaltsplan 2026:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hornberg,

mit dem jetzigen Tagesordnungspunkt beschließen wir den Haushalt der Stadt Hornberg für das Jahr 2026 sowie die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2027 bis 2029. Dieser Haushalt ist weit mehr als ein Zahlenwerk – er ist Ausdruck unserer gemeinsamen Verantwortung für die Entwicklung, die Handlungsfähigkeit und die Zukunft unserer Stadt.

Die Rahmenbedingungen, unter denen dieser Haushalt entstanden ist, sind weiterhin äußerst anspruchsvoll. Weltweit prägen Krisen und Unsicherheiten das Geschehen: kriegerische Auseinandersetzungen, geopolitische Spannungen, fragile Lieferketten sowie steigende Energie- und Rohstoffpreise. Diese Entwicklungen wirken sich über Europa und Deutschland bis nach Baden-Württemberg aus – und sie kommen letztlich ganz konkret bei den Menschen in unseren Städten und Gemeinden an.

Europa kämpft mit einer schwachen konjunkturellen Entwicklung, Deutschland befindet sich weiterhin in einer wirtschaftlich angespannten Lage. Investitionen werden zurückgestellt, Betriebe stehen unter Druck, Arbeitsplätze sind nicht mehr überall selbstverständlich. Als wirtschaftsstarkes Bundesland spürt auch Baden-Württemberg diese Entwicklung deutlich.

Diese Situation hat unsere Stadt Hornberg frühzeitig und spürbar erreicht. Bereits im Laufe des Jahres 2023 mussten wir erhebliche Einbrüche bei den Gewerbesteuererinnahmen hinnehmen. Mehrere heimische Betriebe und Unternehmen waren bzw. sind durch hohe Belastungen und deutliche Auftragsrückgänge betroffen. Für

unsere Stadt bedeutete dies spürbar geringere Einnahmen – bei gleichzeitig wachsenden Anforderungen an die kommunalen Leistungen.

Parallel dazu sind die Zahl und der Umfang der Aufgaben, die an die Kommunen übertragen werden, weiter gestiegen. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Ziel der Klimaneutralität, der Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie mit neuen Sicherheitsanforderungen sind zusätzliche Verpflichtungen entstanden. Konzepte, Strategien, Datenerhebungen und Berichtspflichten binden personelle und finanzielle Ressourcen. Diese Aufgaben dienen dem Schutz der Menschen und der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt – sie stellen die Kommunen aber auch vor große Herausforderungen. Hinzu kommt in vielen Bereichen ein erweiterter Verwaltungsaufwand, der Kapazitäten bindet und damit viel Geld verschlingt.

Die Stadtverwaltung hat gemeinsam mit dem Gemeinderat bereits sehr früh, Ende des Jahres 2023 begonnen, auf diese Entwicklungen zu reagieren. Frühzeitig wurden erste Anpassungen vorgenommen, um die finanzielle Stabilität zu sichern. Dabei war und ist es unser Anspruch, die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten und gleichzeitig die Stadt Hornberg weiterzuentwickeln. Stillstand wäre keine verantwortungsvolle Option gewesen.

Dennoch hat sich die Situation für die Städte und Gemeinden weiter verschärft. Freiwillige Leistungen mussten reduziert oder eingeschränkt werden – Entscheidungen, die niemand leichtfertig trifft, weil sie das gesellschaftliche Leben vor Ort unmittelbar betreffen. Gleichzeitig stehen hohe Investitionen in den ureigenen Pflichtaufgaben der Kommunen an.

Ich nenne beispielhaft die Umsetzung der Eigenkontrollverordnung im Bereich Abwasser und Regenwasser, den zunehmenden Investitionsbedarf in unsere Straßen- und Verkehrsinfrastruktur, die Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, eine verlässliche Wasserversorgung im Eigenbetrieb, den Ausbau der Breitbandversorgung sowie Maßnahmen zum Hochwasserschutz. All diese Aufgaben sind notwendig, vielfach gesetzlich vorgegeben und dienen unmittelbar der Lebensqualität und Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Hinzu kommen deutlich gestiegene Personalkosten. Gute Betreuung in den Kindertagesstätten, Unterstützung im sozialen Bereich, Integration von Flüchtlingen und Migranten sowie eine leistungsfähige Verwaltung sind nur mit qualifizierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möglich. Auch diese Ausgaben sind Investitionen in das Funktionieren unserer Stadtgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund waren die Haushaltsaufstellungen und -entscheidungen der vergangenen Wochen besonders herausfordernd. In zwei intensiven Sitzungen Anfang Dezember 2025 und Anfang Januar 2026 konnten gemeinsam erhebliche Einsparungen bei den Investitionen beschlossen werden. Im Finanzzeitraum von 2026 bis 2029 wurden gegenüber der ursprünglichen Einbringung Investitionen in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro reduziert. Dies wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Neuverschuldung aus.

Die zentrale Herausforderung, die Tilgung der Kredite in diesem Zeitraum vollständig aus eigener Kraft zu erwirtschaften, konnte damit jedoch noch nicht erreicht werden. Deshalb sind wir in der letzten Sitzung schweren Herzens übereingekommen, den aus unserer

Sicht einzigen Weg, die Hebesätze der Gewerbe- und Grundsteuer anzupassen sowie den Kurtaxesatz im Finanzplanungszeitraum weiter zu erhöhen, zu gehen. Mir ist bewusst, dass diese Entscheidungen auch Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe zusätzlich belasten. Sie waren jedoch notwendig, um die finanzielle Stabilität und dauerhafte Handlungsfähigkeit der Stadt Hornberg zu sichern.

Das Ergebnis ist nun ein ausgewogener und belastbarer Haushalts- und Finanzplan mit einem jährlichen Gesamtvolumen von rund 13 Millionen Euro. Dieser Haushalt zeigt deutlich: Trotz extrem schwieriger Rahmenbedingungen wird die Stadt Hornberg auch in den kommenden Jahren umfangreich investieren und ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen.

Zu den größten geplanten Maßnahmen im Finanzzeitraum gehören unter anderem die Fertigstellung der evangelischen Kindertagesstätte Arche Noah einschließlich öffentlichem Parkplatz, die Sanierung des städtischen Gebäudes in der Werderstraße 17 mit sechs Wohnungen, die Sanierung der Straße im Schondelgrund, Straßenbaumaßnahmen in beiden Ortsteilen, die Planung und Sanierung der Straße Am Rubersbach, Maßnahmen im Rahmen der Eigenkontrollverordnung einschließlich Befahrung und Reparaturen, der Breitbandausbau im Außenbereich, die Planung und Sanierung des Bistros der katholischen Kindertagesstätte Don Bosco, die Planung und Umsetzung einer Hochwasserschutzmaßnahme am Offenbach, der Erwerb eines Feuerwehrfahrzeugs GW-Logistik Kat, der Kauf eines Notstromaggregats für die Stadthalle in Verbindung mit der Heizzentrale, die konsequente Fortsetzung der Digitalisierung der Stadtverwaltung sowie – bei entsprechender Förderzusage – der Bau der Freizeitanlage Fit & Kick als Bürgerprojekt.

Dieses Investitionsprogramm macht eines deutlich: Die Stadt Hornberg steckt den Kopf nicht in den Sand. Wir nutzen die vorhandenen Möglichkeiten konsequent und verantwortungsvoll, um unsere Stadt weiterzuentwickeln und die Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Gleichzeitig möchte ich betonen, dass der eingeschlagene Weg der Konsolidierung weitergehen muss und weitergehen wird. Die Überprüfung und Optimierung von Abläufen, Aufgaben, Einnahmen und Ausgaben ist ein fortlaufender Prozess. Dieser soll in einem klaren Konzept festgehalten werden, das als Leitlinie zur nachhaltigen Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Stadt Hornberg dient – mit dem Ziel, finanzielle Stabilität, Transparenz und Qualität der kommunalen Leistungen langfristig zu sichern.

Meine Damen und Herren,

alle diese Entscheidungen folgen einem klaren Ziel: einem verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzen der Stadt Hornberg. Mit diesem Haushalt sichern wir die kommunale Selbstverwaltung und beschließen einen belastbaren Haushalt, der Handlungsfähigkeit gewährleistet und Zukunft ermöglicht.

Ich danke Ihnen, den Mitgliedern des Gemeinderates für die konstruktive Zusammenarbeit, die sachlichen und zielführenden Diskussionen sowie die Bereitschaft, auch schwierige Entscheidungen gemeinsam zu tragen. Mein Dank gilt ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren engagierten Einsatz in herausfordernden Zeiten, und dass es bei der Konsolidierung keine Tabus gibt. Danke für ein konstruktives Miteinander.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Rechnungsamtsleiterin Mayer präsentiert die Zahlen. Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Hornberg für das Haushaltsjahr 2026 liegt dem Gemeinderat vor.

Eingeplant wird eine Kreditermächtigung in Höhe von 450.000 EUR.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.389.000 EUR betrifft vor allem die Maßnahmen Schondelgrundstraße, sowie Rechnungsworkflow und Finanzwesen Stadtverwaltung. Dadurch können in 2026 bereits Aufträge für 2027 vergeben werden.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 2 Mio. EUR.

Der Schuldenstand und die Schuldenentwicklung werden erläutert, wie bereits in der letzten Sitzung. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird einschließlich der beiden Eigenbetriebe Wasserversorgung und Freibad Hornberg bis zum 31.12.2026 auf 2.401 EUR steigen.

Frau Mayer gibt einen Ausblick über die Finanzplanung bis Ende 2029.

Stadtrat Lehmann kommt zurück auf die in der letzten Sitzung vereinbarten Erhöhungen von Grundsteuer und Gewerbesteuer. Er hat seither verschiedene Anrufe von Gewerbetreibenden erhalten, die ihren Unmut über die Gewerbesteuererhöhung zum Ausdruck gebracht haben. Er möchte hierfür sensibilisieren.

Stadtrat Rolf Hess nimmt für die SPD-Fraktion Stellung zum Haushaltsplan 2026. Der Haushalt 2026 ist von einer äußerst kritischen Finanzlage geprägt, die Maßnahmen zur Sicherung der Genehmigungsfähigkeit erforderten. Bereits Ende 2025 wurde deutlich, dass Hornberg ohne Konsolidierung keinen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen kann. Ab 2026 wird mit dauerhaft negativen Ergebnissen im Ergebnishaushalt gerechnet, was den finanziellen Spielraum massiv einschränkt. Freiwillige Leistungen und geplante Projekte mussten gestrichen oder zeitlich verschoben werden. Außerdem mussten die Hebesätze für Steuern angehoben werden.

Dennoch kann gezielt in die notwendige Infrastruktur investiert werden, um die Zukunftsfähigkeit zu wahren. Es wird in die Modernisierung der Wasserversorgung investiert. Mittel für die Stadtsanierung sowie für Pflichtaufgaben wie den Brandschutz und die Bildung wurden bereitgestellt. Auch der Breitbandausbau wird fortgeführt.

Die Stadt Hornberg ist zu einer strikten Priorisierung der Aufgaben gezwungen, um die Handlungsfähigkeit für die kommenden Jahre zurückzugewinnen. Die Rechtsaufsicht des Landratsamtes verpflichtet die Stadt Hornberg auch zur weiteren Konsolidierung. Weitere Einsparungen werden aus Sicht der SPD-Fraktion aber schwierig.

Auch die freiwilligen Leistungen werden hier immer wieder in Frage gestellt. Sie sind aber, so Herr Hess, die Grundlage für ein gutes Zusammenleben und leisten für die gesellschaftlichen Zusammenhalt teils mehr als die bloße Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben. Deshalb müssen Streichungen oder Kürzungen freiwilliger Leistungen gut überlegt sein. Gegebenenfalls muss nach anderen Lösungen gesucht werden.

Es wird vor allem darum gehen, einen Weg zu finden, diese wirklich massive Schieflage in den Kommunal финанzen besser in den Griff zu bekommen. Dies ist aus Sicht von Herrn Hess eine landespolitische, vor allem aber auch eine bundespolitische Aufgabe.

Stadtrat Fritz Wöhrle nimmt für die Freien Wähler Stellung zum Haushaltsplan 2026. Er spricht von der schwierigsten Haushaltsberatung in seiner jahrzehntelangen Tätigkeit als Stadtrat. Schwierige Einsparungen mussten vereinbart werden, ebenso wie Steuererhöhungen. Diese Haushaltskonsolidierung wurde der Stadt Hornberg durch das Landratsamt Ortenaukreis auferlegt. Ansonsten wäre der Haushaltsplan nicht genehmigungsfähig.

Grundsätzlich kann nur noch ausgegeben werden, was auch an Einnahmen zufließt.

Auch Stadtrat Wöhrle hat, wie Stadtrat Lehmann, Anrufe von Gewerbetreibenden erhalten, die mit der Gewerbesteuererhöhung nicht einverstanden sind.

Aufgabe wird sein, die laufenden Ausgaben noch genauer zu überprüfen, sowohl für freiwillige als auch für Pflichtaufgaben. Beispielhaft nennt Herr Wöhrle die Kostenentwicklung in den beiden Kindertagesstätten.

Stadtrat Wöhrle sieht die wirklichen Probleme in den Haushaltsjahren 2027 bis 2029. Die Entwicklung der Haushaltszahlen sei schlichtweg erschreckend.

Stadtrat Faller nimmt für die CDU-Fraktion Stellung. Die Erstellung des Haushaltsplanes ist grundsätzlich die wichtigste Aufgabe des Gemeinderates, für 2026 und die Folgejahre aber auch die größte Herausforderung. Die Anforderungen steigen immer weiter bei stagnierenden Einnahmen.

Dennoch zeigt sich Stadtrat Faller stolz auf den guten und wertschätzenden Umgang der Gemeinderatsfraktionen untereinander bei der Haushaltsberatung. Die Diskussionen waren fair. Die Steuererhöhungen sind schmerzlich, aber unumgänglich.

Schmerzlich ist für Herrn Faller auch die Erhöhung der Verschuldung, die Stadt Hornberg bleibt aber wenigstens noch Herrin des Verfahrens.

Trotzdem können viele Investitionen geschultert werden.

Herr Faller spricht dem Bürgermeister, der Kämmerei und der Stadtverwaltung seinen Dank aus. Auch die Abstimmung mit dem Landratsamt ist gut verlaufen.

Es konnten wichtige Beschlüsse für die Zukunft Hornbergs gefasst werden.

Einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Hornberg einschließlich des Stellenplanes und der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2026 nach dem vorliegenden Satzungsentwurf.

Der Ergebnishaushalt wird festgesetzt mit dem Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von 12.982.200 EUR und mit dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von 13.317.000 EUR.

Der Finanzhaushalt wird festgesetzt mit dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von 12.402.100 EUR und mit dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von -11.875.400 EUR.

Die Kreditermächtigung wird festgesetzt auf 450.000 EUR.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 2.389.000 EUR.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 2.000.000 EUR.

TOP 5 Bekanntgaben und Anfragen

TOP 5.1 Infoterminal Schwarzwaldmarie

Bürgermeister Winzer kann berichten, dass das Infoterminal am 02.02.2026 abgeholt wird. Es wurde bereits stromlos gestellt.

TOP 6 Fragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.